

mitte drin

Ausgabe 11 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Ein Jahr war schnell vorbei ...

Was, schon ein Jahr um ...? Das denke ich in letzter Zeit häufiger, wenn ich nach der Bilanz „unseres“ ersten Jahres gefragt werde.

Ein Jahr Senator für Kultur und Europa, ein Jahr in einem neuen, weiten Themenfeld. Ein Jahr, das wir hoffentlich mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt 2018/2019 abschließen, der meinem Ressort eine Steigerung beschert wie lange nicht mehr.

In diesem Haushalt bildet sich eine Menge vom Geplanten und bereits Erreichten ab. Aber Geld ist nicht alles und so steht für mich im Fazit des ersten Jahres das veränderte Klima in der Verwaltung, den Institutionen, auch in der Stadt selbst weit vorn. Das sind gute Begleiterscheinungen und auch Gradmesser für unsere Arbeit, die das unterstützen, was wir an konkreten Plänen haben und umsetzen wollen.

Wir sind mit klaren Vorstellungen angetreten, haben den Koalitionsvertrag gut verhandelt und so manche Richtungsentscheidung in der Kulturpolitik getroffen. Ich habe mich immer gegen das Bild des armen und aus der Not heraus kreativen Künstlers ausgesprochen –

Kunst erschaffen ist Arbeit, und Arbeit gehört vernünftig bezahlt. Tarifgebundene Institutionen bekommen die Tarifsteigerungen aus dem Haushalt „obendrauf“ und müssen sie nicht mehr aus ihren künstlerischen Etats zahlen – das ist ein Paradigmenwechsel, der notwendig war. Und die Stärkung der bezirklichen Kulturarbeit erlaubt es, Künstlerinnen und Künstlern in Kommunalen Galerien Ausstellungshonorare zu zahlen. Ich weiß, dass das die Prekarität in der Kunstszene nicht beseitigt, aber es ist ein deutlicher Schritt im Kampf dagegen.

Ein weiteres Thema, das für mich von großer Wichtigkeit ist, sind Zugänge – in doppelter Hinsicht. Es gilt zum einen Zugänge zu erleichtern, zum anderen darum, sie überhaupt erst zu schaffen. Erleichtern für die, die aus verschiedenen Gründen nicht oder kaum mit Kultur in Berührung kommen. Da haben wir den Projektfonds Kulturelle Bildung gestärkt, wir haben die Kinder- und Jugendtheater deutlich besser gestellt, den Bezirkskulturfonds verdoppelt – das konnten wir tun. Wir sind aber auch auf ein Umdenken in den Einrichtungen angewiesen, den angesprochenen Klimawan-



Berlins Senator für Kultur und Europa Klaus Lederer

del, und dort erlebe ich tolle Initiativen u.a. von Berndt Schmidt vom Friedrichstadtpalast mit den 5-Euro-Tickets. Zugang meint aber für mich auch, dass sich auf den Bühnen die Vielfalt der Gesellschaft abbildet. Und auch da haben wir Konkretes vorzuweisen: Bereits im

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Leider keine Neuigkeit – auch in Mitte steigen die Mieten

Warum aber explodieren sie geradezu in bestimmten Kiezen von Mitte, Wedding und Tiergarten? Tobias Schulze nennt die Ursachen und hat auch Gedanken für wirkungsvolle Änderungen. Nirgendwo wechselten so viele Immobilien ihre Besitzer wie hier.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Grobheiten nehmen zu, Freundlichkeiten nicht minder

Das beobachtet Irene Runge bei ihren Stadtspaziergängen, besonders donnerstags. Da ist Markttag. Zur 4. Berlin Food Week gab's sogar schwebende Kühe zu sehen! Und viele kulinarische Kostproben ...

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Warum unsere Bausenatorin immer einen Helm braucht

Weil sie ein Doppelaufgabe meistern soll: Einerseits schnell tausende neue Sozialwohnungen; andererseits soll der historische Stadtkern gerettet werden. Da lauern auf Katrin Lompscher mehr Nackenschläge als Ritterschläge, findet Arthur Paul.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

„Wissen, was läuft“

Mittwoch, 22. November, 19 Uhr, im Karl-Liebknecht-Haus
(Kleine Alexanderstr. 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Saal 1

Carola Bluhm, Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste, berichten über ihre Arbeit und wollen mit euch ins Gespräch kommen!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Von Dassel kapiert es einfach nicht

Für die Bezirksverordnetenversammlung am 19. Oktober beantragte die Linksfraktion eine thematische Stunde zur Obdachlosigkeit und den Äußerungen von Dassels zu Abschiebungen von Obdachlosen. Aus Protest gegen ihren eigenen Bürgermeister blieb die Mehrheit der Grünenfraktion fern.

Zu Beginn der thematischen Stunde erklärte von Dassel, dass er diese Forderung stellen musste, weil seine eigene Verwaltung nicht wirksam und schnell reagieren kann. Er erklärte, dass einige Obdachlose jegliche Hilfe ablehnten und dass er sich nicht vorstellen mag, wie Mitte aussehen würde, wenn die 176 Schlafstätten, die im letzten Jahr geräumt wurden, nicht geräumt worden wären.

Danach nahmen Sprecher von SPD, Grünen und unser sozialpolitischer Sprecher Rüdiger Lötzer die Äußerungen von Stephan von Dassel auseinander: Ein Bezirksbürgermeister hat die Aufgabe, Lösungen zu finden. Das hat von

Dassel nicht getan. Er hat nicht die BVV und die Ausschüsse der BVV über die Missstände informiert. Er hat nicht beim Senat um Hilfe gebeten. Er hat nicht die Beschlüsse der BVV, die Lösungsvorschläge zur Besserung der Obdachlosensituation machen, umgesetzt. Ein Bezirksbürgermeister muss erst alle Möglichkeiten ausschöpfen, bevor er per Presse Panik verbreitet und rechtspopulistische Sprüche klopft!

Es ist nicht das erste Mal, dass er sich in der Presse profiliert, bevor er auch nur einen Schritt getan hat, um die Probleme zu lösen. Genau nach dem gleichen Muster liefen seine Vorstöße zum Alkoholverbot oder für Sperrbezirke für Prostituierte ab.

Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass von Dassel absolut nicht versteht, warum man seine Handlungen kritisiert und es schien ihn auch nicht zu stören, dass er nur von AfD und CDU Applaus bekam. Er versteht nicht, dass es kritisch gesehen wird, wenn er auf die

Schwächsten der Gesellschaft eintritt, anstatt ihnen zu helfen, dass in die Presse lancierte



Obdachlosenelend allerorts

unerfüllbare Maximalforderungen nur den Frust in der Bevölkerung erhöhen und dass er selbst verantwortlich für die Misere ist und bisher keinen eigenen Schritt unternommen hat, um die Probleme zu lösen. Es ist eine fachliche und moralische Bankrotterklärung des Bezirksbürgermeisters.

Andreas Böttger

Blick aus dem Amt

Kinder-, Jugend- und Familienförderung in Mitte

Wie fördert man Kinder, Jugendliche und Familien bzw. Eltern? Das ist ein weites Tätigkeitsfeld, in dem nicht nur die Regelinstitutionen Kita und Schule eine Rolle spielen und die sogenannten Hilfen zur Erziehung, die Eltern und junge Menschen mit konkretem Hilfebedarf erhalten. Die Förderung und pädagogische Begleitung von Kindern und Jugendlichen findet auch in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen statt. Das sind Orte, in denen junge Menschen Anregungen, Beschäftigung, Unterstützung, auch Reibungsfläche finden, Orte, an denen es mehr um die Persönlichkeitsentwicklung und weniger um Noten und Leistung geht. Es geht um Freiräume für junge Menschen und Orte, an denen Vertrauen entstehen kann. Das ist sehr wichtig, insbesondere dort, wo wir als Gesellschaft befürchten, dass junge Menschen „auf die schiefe Bahn“ geraten.

Kinder und Eltern finden Anlaufpunkte in Familienzentren. Dort findet Familienförderung so statt, dass jede(r) sie annehmen kann; es sollen Eltern erreicht werden, bevor massive Probleme entstehen. Alleinerziehende Eltern sollen Orte zum Austausch mit anderen Eltern

finden. Es geht um Entlastung, Hilfestellung, auch Integration.

Mitte investiert mit dem Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 in diese Orte für Familien, Kinder und Jugendliche und in die fachliche Arbeit, die dort geleistet wird. Das ist unbedingt erforderlich. Im Bereich der Angebote der Jugendarbeit bietet Mitte nur die Hälfte dessen, was nach anerkanntem Standard eine angemessene Ausstattung mit Angeboten der Jugendarbeit wäre. Auch eine ausreichende Familienförderung würde deutlich mehr Angebote erfordern. Der Fachbereich Jugend und der Jugendhilfeausschuss haben dies dargelegt und Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht. Dabei geht es u.a. um Stärkung vorhandener Einrichtungen, in denen oftmals zu wenig Personal tätig ist. Allen Beteiligten ist jedoch klar, dass der Bezirk nicht allein für die Mangellage verantwortlich ist, sondern das Land Berlin in der Verpflichtung ist, den Bezirken finanzielle Mittel für ausreichende Angebote zuzuweisen. Der dringende Handlungsbedarf zeigt sich daran, dass in dieser Legislatur sowohl ein Jugendfördergesetz als auch ein Familienfördergesetz geschaffen

werden sollen für eine ausreichende soziale Infrastruktur in den Bezirken für Kinder, Jugendliche und Familien.

Der Bezirk Mitte finanziert mit dem ersten Ausgabehaushalt seit Jahren nun neben Grünflächen, Parkraumbewirtschaftung u.a. auch mehr Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche. Bis dahin war es ein steiniger Weg mit vielen Debatten, aber die Bezirksverordneten haben in ihrer Mehrheit gezeigt, dass ihnen die Lebenssituation der Familien in Mitte wichtig ist und der Bezirk sein Geld gut anlegt, wenn er es in Kinder, Jugendliche und ihre Eltern investiert.

Sandra Obermeyer

**Die Linke - Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kommen, Bleiben und der bange Blick nach vorn

Eindrücke aus dem Wahlkampf

Die Auswertung der Bundestagswahlen 2017 ist in vollem Gange. Die Parteien ringen intern um die Fragen, was sich aus ihren Stimmanteilen über die Einstellung der Bürger zu ihren politischen Vorschlägen ableiten lässt und was nun zu tun ist.

Nun stellt sich dabei jedoch das Problem, dass sich aus der eingesammelten Anzahl an Kreuzen zwar genau bestimmen lässt, wie viele Sitze im Bundestag besetzt werden dürfen, nicht aber, warum die Bürger sich für diese Sitzverteilung entschieden haben. Auf dem Wahlzettel fehlt die Kommentarspalte.

Helfen können hier die Eindrücke der Wahlkämpfer: der Infostand als Kommentarspalte. Nach drei Monaten Wahlkampf in der Großstadt Berlin-Mitte und hunderten Gesprächen lassen sich Themenschwerpunkte und Grundtendenzen im Stimmungsbild ausmachen. Wenig überraschend war die sogenannte Flüchtlingskrise eines der Kernthemen. Die Positionen der Bürger lassen sich nur bedingt zwischen kategorischer Ablehnung des Rechts auf Asyl und dem überzeugten Eintreten für dasselbe einordnen. Vielmehr zeigt sich in Mitte ein Ringen der Menschen mit sich selbst: zwischen

Angst vor dem Fremden und der Ahnung, dass nicht das Kommen so vieler Menschen die eigentliche Krise ist, sondern dass so viele Menschen gegen ihren Willen aus ihrer Heimat fliehen mussten. Die Brücke zum zweiten Kernthema ist von hier aus schnell geschlagen. Die Wohnungsnot in Berlin.

sein. Einige verfallen in politische Apathie oder der erfahrenen Ohnmacht. Andere setzen ein grimmiges Lächeln auf und werden zu widerspenstigen Mietern oder gar politischen Aktivisten. In beiden Kernthemen wird eines deutlich: gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind im Gange, auf die reagiert wird, reagiert wer-



Überfüllter Rosa-Luxemburg-Saal bei Wahlauswertung mit Matthias Höhn

Viele erleben am eigenen Leib oder in ihrem Umfeld, dass nicht sie entscheiden können, wo sie in der Stadt wohnen können, sondern jene, die das Kapital für den Kauf von Wohnhäusern haben. Doch wie individuell hierauf reagiert wird, könnte unterschiedlicher nicht

den muss – die aber nicht gestaltet werden. Die Grundstimmung am Infostand? Das ist die große Ratlosigkeit über die Frage „Was tun?“. Es fehlt eine überzeugende, mit Gestaltungsanspruch ausgestattete, politische Vision.

Falk Höpfner

Wahlauswertung mit Matthias Höhn

Das Interesse am Basistreffen mit Matthias Höhn zum Thema „Bundestagswahl 2017 – Ergebnisse, Analyse, Schlussfolgerungen“ war so groß, dass die Stühle des Rosa-Luxemburg-Saales nicht ausreichten und einige Teilnehmer die Versammlung im Stehen verfolgten.

Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte DIE LINKE mit 9,2 Prozent das zweitbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte. Es konnten die vier Direktwahlkreise in Berlin verteidigt und ein Direktwahlkreis in Leipzig dazugewonnen werden.

Allerdings erreichte DIE LINKE nicht das angestrebte Ziel, zweistellig zu werden. Bei der Wählerschaft hat es erhebliche Veränderungen

gegeben. Der Rückhalt im Osten sank um 4,9 auf 17,8 Prozent, im Westen stieg er um 1,8 auf 7,4 Prozent. Der Trend, in den Städten stärker und im ländlichen Raum schwächer zu werden, setzte sich für die Partei auch in dieser Wahl fort. DIE LINKE gewann fast 450.000 Stimmen gegenüber 2013 hinzu.

Insgesamt sind bei dieser Bundestagswahl die Mehrheitsverhältnisse weiter nach rechts gerutscht. Während es bei der Bundestagswahl 2013 noch eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag gab, entschieden sich 2017 nur noch 38,6 Prozent der Wähler für eine mehr oder weniger linke Partei. Zum ersten Mal seit Bestehen des Bundestags schafft es mit der AfD eine rechtsextreme Partei in das

Parlament. Dadurch sind auch zum ersten Mal sieben Parteien im Bundestag vertreten: CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE und Grüne, was es in Zukunft für DIE LINKE schwerer machen wird, mediale Sichtbarkeit zu erlangen, da die SPD, mit ihrer Ankündigung in die Opposition zu gehen, die Oppositionsführerschaft übernehmen wird, die DIE LINKE in den letzten vier Jahren innehatte.

Es besteht aber die Hoffnung, dass die gemeinsame Opposition aus SPD und LINKEN es ermöglichen kann, eine linke gesellschaftspolitische Alternative zu formieren, die genug Ausstrahlungskraft entwickelt, um Mehrheiten links der Union zu ermöglichen.

Andreas Böttger

Fortsetzung von Seite 1: **Ein Jahr war schnell vorbei ...**

April haben wir die Diversitätsstelle „Diversity. Arts. Culture“ eröffnet, die Institutionen berät, welche Wege es gibt, die Vielfalt auch auf die Bühnen zu bringen. Zusätzliche Gelder gibt es auch für die Vermittlungsarbeit in der Erinnerungskultur, die sich an Menschen mit Fluchterfahrung richtet, die hier eine neue Heimat finden. Künstlerinnen und Künstler

brauchen Räume, Ateliers – und hier zeigen sich mächtige Gegner: Gentrifizierung und Verwertungsdruck auf Immobilien und Flächen begrenzen unsere Möglichkeiten oder schaffen, wie bei den Uferhallen, neue Probleme. 2.000 Arbeitsräume bis zum Ende der Legislatur sind unser Ziel, wir wollen Räume sichern, schaffen – haben dabei durchaus schon Erfolge, wie die

Prenzlauer Promenade zeigt. Ja, wir nehmen den Kampf auf und sind dabei durchaus kreativ. Ich merke, allein das erste Jahr bräuchte weit mehr Platz für eine Bilanz: Die Anpassung der Förderstrukturen, der Festival-Fonds, Denkmalschutz und Europa – darüber gäbe es viel zu berichten. Aber es sind ja auch noch vier Jahre Zeit.

Klaus Lederer

Eine Schatzinsel in Moabit

Ausnahmsweise ist hier nicht von den sich auch in Moabit breit machenden Immobilienhändlern und einem Objekt ihrer Begierde die Rede. Sondern es geht um eine andere Schatzinsel: Auf dem Refo Camp in Moabit, Wiciefstraße 31, ist im Oktober die Kita „Schatzinsel Moabit - gemeinsam Leben entdecken“ eröffnet worden.

Am 1. Mai 2016 war dem Refo-Campus das Nutzungsrecht für die Gebäude an der Beusselstraße übertragen worden. Im Gegenzug haben die jungen Gemeindemitglieder die vorhandenen Gebäude saniert, eine Kita errichtet und Leben und Arbeiten als Gemeinschaft vor Ort ermöglicht. Stephan Rauhut nennt als Aufgabe des Campus nicht nur die Schaffung einer Beteiligungskultur,



Die neue Kindertagesstätte auf dem Refo-Camp in der Wiciefstraße

Gerade für den Beusselkiez, in dem sehr viele Familien einen Migrationshintergrund haben und für einen Großteil der Kinder ein Armutsrisiko besteht, ist das eine wichtige und lange erwartete Nachricht. Getragen wird das Konzept der Kita vom Konvent des Refo Camps, der gut im Stadtteil vernetzt und darum bemüht ist, Begegnungsort für den Kiez zu sein. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement Moabit West.

Erst vor wenigen Monaten war die Einweihung des Theater-Erweiterungsbaus, einer Einrichtung der „offenen, einladenden Gemeinschaft“ der Refo-Community gefeiert worden. „Gegen alle Widerstände haben meine Mitstreiter*innen und ich die leeren Gebäude der Reformationskirche Moabit wieder zu einem lebendigen Begegnungsort gemacht, sagt Stephan „Steve“ Rauhut, Geschäftsführer des Refo-Campus. „Hier leben wir die Vision einer solidarischen Gesellschaft: d.h. neue, selbstorganisierte Formen kirchlichen Lebens und interreligiöser Gemeinschaft, Flüchtlingshilfe, eine Kita für 130 Kinder aus dem Kiez und Bereitstellung von Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten. All das ist möglich, wenn es den politischen Willen gibt, wenn wir die Visionen haben und es gemeinsam tun.“

sondern auch das Eintreten für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit.

Der Ingenieur und evangelische Pfarrer war mit großem Erfolg als Kandidat der Linken für die Bundestagswahl aufgestellt worden und hatte die Linke zur stärksten Partei im Bezirk Mitte gemacht. Mit anderen Worten: Von ihm sind weitere gesellschaftliche Impulse zu erwarten.

Rainer Scholz

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
Tel.: 030 – 547 13 449
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Bei anderen gelesen

➤ Schlechte blasen zur Jagd

„Die dummen Widersacher des Systems sind drin. Der Nationalzynismus triumphiert. Die Schlechten einer schlechten Generation, vereint im Fremdenabwehrverein AfD, blasen zur Jagd. Schön wär's, wenn man sie jagte. Guten Kater, Deutschland!“ - Schriftsteller Feridun Zalmoglu in

„Der Spiegel“, Nr. 39 vom 26.09.2017

➤ Ganz gewöhnlicher Kapitalismus

Die etablierten staatstragenden Parteien können sich seit Jahren auf Großspenden aus der Daimler-Zentrale in Stuttgart verlassen. Die kapitalistische Gesellschaft ist eine Warengesellschaft, in der alles käuflich ist, auch die Menschen, sagte Karl Marx. Man kann sich Parlamentarier, Minister und sogar Regierungschefs kaufen. Das ist nichts anderes als ganz gewöhnlicher Kapitalismus.

„RotFuchs“ Nr. 237 Oktober 2017

➤ Machtmechanismen statt Visionen

Es scheint, als habe sich die professionelle Politik, um den Bürgern zu gefallen, immer weiter von ihnen abgekoppelt. Während die Zahl der Inszenierungshelfer steigt, scheint die der inhaltlichen Zuarbeiter übrigens zu stagnieren. Ein so aufgestellter Betrieb mag zwar Machtmaschinen hervorbringen, aber kaum Visionen und kreative Ideen. – Marcus Feldenkirchen in

„Der Spiegel“ Nr. 41, 07.10.2017

➤ Transnationaler Sozialismus

Angesichts der nationalen Polarisierungen vor 1914 forderten Otto Bauer, Lenin und Rosa Luxemburg einen transnationalen Sozialismus, nicht die sozialistische Nation. Im Zeitalter der Globalisierung sollte die Linke nicht hinter diese Debatten zurückfallen. Das Europa souveräner Nationalstaaten war 1848 ein Fortschritt. Für die Linke des 21. Jahrhunderts ist es ein Auslaufmodell. – Ralf Hoffrogge in

„Neues Deutschland“, 30.09.2017

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Kurznachrichten

► Weinliebhabern stehen staubtrockene Zeiten bevor

Das haben erste Schätzungen der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIU) ergeben.

Die frostigen Frühjahrsmonate verursachten in den wichtigsten Anbaugebieten der EU die niedrigste Weinernte seit 1961. Ob die Lagerbestände ausreichen, die Verluste auszugleichen, ist noch nicht absehbar. Man wird sich wohl auf höhere Preise einstellen müssen.

► 1,7 Millionen Verkehrsunfälle in acht Monaten

2.122 Tote und 256.900 Verletzte - so die Bilanz bis August dieses Jahres. Die Zahl der Todesfälle entsprach etwa dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Verletzten war leicht rückgängig.

► Immer mehr Drogentote in den USA

Ihre Zahl ist seit 2011 ständig gestiegen. 2016 kamen mehr Menschen durch Droge zu Tode als durch Verkehrsunfälle, Selbstmorde und Morde zusammen.

Bürgerbüro – Carola Bluhm – Katrin Möller – Udo Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin

Telefon: 030 – 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de

www.linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag: 12 bis 14 Uhr

Mittwoch: 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr

Donnerstag: 17 bis 20 Uhr
und nach Vereinbarung

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat findet eine Beratung zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sicherer Kommunikation statt. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

**Jeden 2. Donnerstag im Linkstreff,
zwischen 19 und 21 Uhr, in der
Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin**

Menschen in Mitte

Falk Höpfners bewegter Langstreckenlauf ins Leben und in DIE LINKE

Als einen bewegten Langstreckenlauf bezeichnet Falk Höpfner seinen bisherigen Lebensweg. Genau so sieht der 29-jährige auch das Ringen seiner Partei DIE LINKE um zunehmende Akzeptanz und Einfluss im Lande.

1988 in Berlins Mitte geboren, wuchs Falk in Ostvorpommern auf, machte in Gützkow sein Abitur und ging dann nach einem Jahr Zivildienst in einem Krankenhaus 2008 an die Potsdamer Universität zum Studium von Politik und Verwaltung.

Politologie wollte der Sohn eines Elektrikers und einer Kindergärtnerin werden. „Schon als Kind habe ich besonders mit meinem Opa häufig über die Situation in der Welt diskutiert, habe von ihm viel über die Nachkriegszeit, über die DDR oder die Oktoberrevolution erfahren“, erinnert er sich gern. In Potsdam machten ihn Koryphäen wie Professor Raimund Krämer und der Soziologe Dr. Eddie Hartmann unter anderem mit der „Frankfurter Schule“ der Sozialphilosophen Adorno und Horkheimer vertraut. „Meine Masterarbeit widmete ich der Struktur der europäischen Bürgerschaft, konkret der Integration junger EU-Bürger nach der weltweiten Finanzkrise in Berlin, unter welchen Bedingungen sie eine sozialrechtliche Gleichbehandlung erfahren“, erklärt der junge Politikwissenschaftler. Ein Jahr Lehrtätigkeit in den Fachbereichen Migrationssoziologie und Internationale Politik an der Oldenburger Carl-von-Ossietzky-Universität rundete seine Qualifikation zu Beginn der Flüchtlingsbewegung noch ab. Mit seinem reichen Wissen will er auch professionell für die Durchsetzung linker Politik kämpfen. Im Moment verdient er sein Geld mit Lektoratsarbeiten für Studenten und hin und wieder mit Werbetexten für mittelständische Handwerksbetriebe.

„Eine solidarische Gesellschaft aufbauen, das ist mein Anliegen“

„Ich wollte nicht nur Politologe, sondern auch politisch aktiv sein“ betont Falk Höpfner. Er untersuchte die Parteienlandschaft und beantragte im Oktober 2016 im Internet seine Aufnahme in DIE LINKE. Sofort war er mittenmang, nahm an den Diskussionen

um den Berliner Koalitionsvertrag teil. „Die inhaltlich interessanten Auseinandersetzungen haben mich dann vollends motiviert, für unseren Bundestags-Wahlkampf



Falk Höpfner

für Mittes Direktkandidaten Steve Rauhut intensiv zu arbeiten“, betont er. Zusammen mit Felix Wiesner und weiteren Mitstreitern stand er vier Monate lang an Infoständen im Wedding und in Moabit, führte im Haustürwahlkampf Gespräche mit Hunderten Bürgern, nachts in Parks und Kneipen mit jungen Leuten.

Mit Steve Rauhut zog er mit dem „mobilen Wohnzimmer“ durch die Kieze, diskutierte auf dem Leopoldplatz, in Gesundbrunnen und Plötzensee. „Diese Dynamik wollen wir auch nach den Wahlen weitertragen, dauerhaft in der Stadt präsent sein, eine professionelle politische Arbeit leisten“, erklärt Falk Höpfner. „So sind wir nicht ohnmächtig, mit Gleichgesinnten motiviert, etwas zu bewegen. Unsere Partei im Langstreckenlauf zu stärken, weiter voran zu bringen, mit ihr eine solidarische Gesellschaft aufbauen – das ist unser, das ist mein Anliegen!“

Matthias Herold

Erinnerungen und schwebende Kühe

Im Oktober war es sonnig, im November ist's meist kühl, nicht kalt, grau, nicht hell. Früher schenkte man im November Chrysanthemen, früher wurde über Pogrome und Revolutionen gesprochen, doch Blumen und Themen sind andere geworden.

In der Oranienburger Straße wird hinter mir gelacht. Vorn nähert sich ein Hund. Dessen Besitzerin bellt: Verpisst euch! Was für ein Ton! In der Straßenbahn bittet ein Mann meines Alters um einen Platz. Ich stehe auf, die sonst noch Sitzenden sind erheblich jünger. Eine Frau schreit jemanden an. Dabei ist es ihr Fahrrad, das Ein- und Ausstiege blockiert. Grobheiten nehmen zu, Freundlichkeiten nicht minder.

In der Mitte von Mitte meidet meine Generation das hippe Straßenleben und dessen Versuchungen. Donnerstags ist Markttag, da strömen gut gelaunte junge Werktätige zum Hackeschen Markt, zu Streetfood und Musik. Sind sie Teil der Million prekär Beschäftigten in Deutschland, als selbstständig, Kleinunternehmer, Crowd- oder Clickpeople bezeichnet? Geduldig stehen sie in der Schlange.

Rundliche Köchinnen mit Kopftuch bereiten geschickt die gute türkische Hausfrauenkost zu.

Essen ist heute eine der Berliner weltstädtischen Errungenschaften geworden. Zur 4. Berlin Food Week kamen Foodies ins Kaufhaus Jandorf. Im einstigen DDR-Modeinstitut ließen sich sogar aufgeblasene Kühe gewinnen - sofern man wusste, dass ein Euter vier Zitzen hat und Kühe Heu fressen. Den Mann am Milchstand freute der Andrang. Die euterlosen Kühe schwebten, für Menschen gab es kulinarische Kostproben, Minibecher voll gesunder Flüssigkeit, frischen rohen Fisch aus Panama, fairen Kaffee, Tipps zum nachhaltigen Leben, Kuchen aus Linsen mit Schokolade, Rezepte. Das Naschen gefiel. Jung, älter und alt wurden temporäre Geschmackspartner.

In Warteschlangen des kulinarischen Paradieses entstehen Vorfreude und kommunikative Nähe. Darüber wurde geredet, auch darüber, wer im Steakhaus Torstraße kochen wird, vis-a-vis vom kurdischen Iraker, Ecke



Schwebende Kühe im einstigen Modeinstitut

Gartenstraße, nahe von „Die Gärtnerei“... Am Zionskirchplatz soll, so hieß es, „Der Hahn ist tot“ sein witziges Ambiente mit französischen Menüs paaren. Früher war hier die Haltestelle. Früher gabs hier den Laden für Angel- und Aquarienbedarf. Das ist vorbei.

Irene Runge

Gegen den Hass und für die Freiheit

Seit dem 1. Oktober 2017 ist das sogenannte „Netzdurchwirkungsgesetz“ in Kraft. Die Mehrheit der Bürger*innen kennt es unter der Bezeichnung „Hate-Speech-Gesetz“ oder kurz „NetzDG“. Das Gesetz verpflichtet soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter zu einem härteren Vorgehen gegen Hetze, Hass und Terrorpropaganda.



Betreiber großer Online-Plattformen werden dazu verpflichtet, „offensichtlich rechtswidrige Inhalte“ innerhalb einer kurzen Frist zu löschen. Sonst drohen hohe Bußgelder von bis

zu 50 Millionen Euro. Kritiker sehen das als Hauptproblem des Gesetzes an, weil es die Gefahr birgt, dass im Zweifelsfall auch rechtmäßige Äußerungen gelöscht werden, um einer möglichen Bußgeldforderung zu entgehen. Allerdings gibt es keinerlei Sanktionen für Unternehmen, wenn sie zu viel löschen und auch keinen Mechanismus, mit dem sich von unsachgemäßen Löschungen betroffene Personen effektiv wehren können. Das Gesetz war trotz weniger Änderungen bis zur Abstimmung Ende Juni im Bundestag sehr umstritten, da es negative Auswirkungen auf die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit birgt. DIE LINKE, allen voran die Bundestagspolitikerin Petra Sitte, kritisiert vor allem die fragwürdige Praktik, dass der deutsche Rechtsstaat die Durchsetzung seines Rechts in die Hände einer kleinen Anzahl großer kommerzieller Plattformen legt, in die diese nicht gehört.

Die Plattformen haben Zeit bis zum 1. Januar 2018, um Anlaufstellen, Meldemechanismen und die technische Umsetzung des Gesetzes zu implementieren. Welche und wie viele Plattformen von dem Gesetz betroffen sind, konnte bislang keine Regierungsstelle konkret beantworten. In der Zwischenzeit

warnen auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und Nils Muiznieks, der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, vor den möglichen Folgen durch eine „exzessive Anwendung“ des sehr unbestimmt gehaltenen Gesetzes.

Alana Di Filippo

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer

Mitglieder der Linksfraktion in der BVV

Berlin Mitte

laden ein

zur gegenseitigen Beratung auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen

JEDEN 2.FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding

Mietenexplosion endlich begrenzen

Mitte, Wedding, Tiergarten – unsere Kieze im Bezirk sind zu einem Brennpunkt der Mietenexplosion geworden. Eine Studie ergab, dass im vergangenen Jahr nirgendwo so viele Immobilien verkauft wurden wie im Wedding. Im Hintergrund steht die Spekulation auf schnelle und hohe Renditen – über weitere Preissteigerungen, aber vor allem über steigende Mieten.

Und so überrascht nicht, dass das Brunnenviertel, laut einer anderen Studie, der Ort mit den am schnellsten steigenden Mieten ist. Auf der Strecke bleibt, wer diese Mieten nicht zahlen kann – also die große Mehrheit der Menschen in unserem Bezirk. Wir erleben einen regelrechten Krieg gegen Mieterinnen und Mieter. Die Waffen in diesem Krieg heißen etwa Modernisierungumlage, Luxussanierung, Eigenbedarfsklage, Umwandlung in Eigentum. Vielen Menschen wird hier die Lebensgrundlage entzogen, denn ein simpler Umzug in eine andere Wohnung im Kiez ist eine nostalgische Erinnerung an vergangene Zeiten.

Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen haben keine Alternativen. Sie müssen in der Regel in eins der immer weniger werdenden preisgünstigen Vorstadtviertel oder nach Brandenburg ziehen. Oder es drängen sich immer mehr Menschen in immer kleinere Wohnungen.

Oder, der schlimmste Fall, immer mehr Menschen werden obdachlos.

Neubau allein stoppt diesen Prozess nicht. Die neue Koalition hat hier zwar eine Trendwende hin zu deutlich höheren Neubauanteilen mit Mietpreisbindung geschafft. Trotzdem brauchen wir einen echten und wirksamen Stopp für die ungehemmte Steigerung der Mieten im Bestand. Die bisher geltende Mietpreisbremse, geschaffen von Rot-Schwarz auf Bundesebene, ist weitgehend wirkungslos. Man darf getrost bezweifeln, dass die zukünftige schwarz-gelb-grüne Koalition hier substanzielle Fortschritte vereinbart.

Umso wichtiger, dass Druck von vor Ort kommt, aus einer Stadt wie Berlin. Rot-Rot-Grün bringt eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat ein, die Mieterhöhungsspielräume drastisch beschränken würde. Alle abschwächenden Einschränkungen der Mietpreisbremse sollen abgeschafft und Vermieter bei Verstößen bestraft werden. Möblierte Wohnungen sollen ebenfalls geregelt werden. In fünf Jahren sollen die



Tobias Schulze

Mieten maximal um 15 Prozent steigen dürfen – natürlich im Rahmen bundesweit einheitlich gefasster qualifizierter Mietpiegel. Modernisierungsumlagen sollen von 11 auf 6 Prozent gekürzt und vor allem auf die Zeit der Refinanzierung befristet werden. Diese Regelungen könnten den Mietenanstieg in der privaten Wohnungswirtschaft tatsächlich bremsen. Hoffen wir, dass Unterstützung von den anderen Bundesländern kommt. Die Luft brennt!

Tobias Schulze

Was bedeutet mir die Oktoberrevolution?

Ich gehöre wahrscheinlich zur letzten Generation der Ostdeutschen, die noch sehr früh mit der Geschichte der Oktoberrevolution vertraut gemacht wurden. Im Rahmen der Schule, wie auch der außerschulischen Aktivitäten, lernten wir seiner Zeit ideologisch ausgelegt, was Lenin und seine Bolschewiki für uns alle gewagt und getan haben. Aber auch im Alltag begegnete mir in der ersten, zweiten und dritten Schulklasse die Revolution häufig, nämlich immer dann, wenn ich meine Adresse schreiben sollte: Straße des Roten Oktober 24, 15232 Frankfurt Oder. Aber in diesem Alter hatte ich weder die Reife noch das nötige geschichtliche Grundwissen, um zu begreifen, was die Revolution überhaupt bedeutete.

Auch die Erfahrungen mit Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung fehlten

mir und ich war natürlich überhaupt nicht in der Lage, diese Dinge in mein Denken einzuordnen. Deshalb war die Oktoberrevolution für mich sehr lange etwas Abstraktes, etwas, was mit meinem Leben keine Berührungspunkte hatte. Dies änderte sich wohl erst zwanzig Jahre später und ohne die Aufgabe, das hier in Kürze aufzuschreiben, hatte ich mir das wohl nicht wirklich bewusst gemacht.

Die Oktoberrevolution hat die Lebensbedingungen aller Menschen in dieser Welt auf irgendeine Art und Weise beeinflusst. Sie hat dafür gesorgt, dass sich die Welt nicht einseitig entwickelt hat. Die populärere kubanische Revolution hätte wohl nie auf der Weltbühne ihre inspirierende Wirkung entfalten können, hätte nicht am anderen Ende der Welt durch die Oktoberrevolution

ein lebenswichtiger Partner für Castro und Co bereitgestanden.

Mir ist die Oktoberrevolution zwar nicht vordergründig bewusst, aber aufgrund ihrer kausalen Wirkung stets gegenwärtig. Sie ist quasi ein Geschichtsereignis, das durch die Kausalität der darauf folgenden Abläufe auf diesem Planeten mir die Möglichkeit gibt, kritisch über die Verhältnisse, in denen wir leben, nachzudenken und mir Formen eines gerechteren Zusammenlebens aller Menschen vorzustellen. Dass ich an die Chance einer Möglichkeit für eine sozialistische Gesellschaft glaube, habe ich wesentlich den Oktoberrevolutionären zu verdanken, ohne die wir vielleicht blind geblieben wären oder noch Schlimmeres erfahren hätten, z.B. im tausendjährigen Dritten Reich.

Christian Otto

Das ist das Letzte

Unsere Bausenatorin braucht immer einen Helm. Um sie herum lauern mehr Nackenschläge als Ritterschläge! Katrin Lompscher steht in einer Zwei-Fronten-Schlacht.

Es müssen eilig, billig und tauglich tausende Sozialwohnungen entstehen, denn die Vorgänger hatten das Problem unterschätzt. Zugleich geht es um die Rettung des alten Stadtkerns, weil hier nach Weltkrieg und Wende der Wildwuchs und das „Weg-damit!“ tiefe Wunden schlugen. Wie lässt sich das korrigieren? Die Senatorin lässt Architekten und Bürger befragen, Ziele benennen, Pfähle in den Stadtplan rammen, Entwürfe begutachten, Aufträge erteilen, Kosten prüfen und das auf hundert Baustellen zugleich. Das braucht Zeit, Kraft und Nerven unter öffentlichem Beschuss. Manche Zeitung sagt: Zu langsam! Viele Beteiligte stöhnen: Zu übereilt! Aus meiner Sicht: Trotz allem gut! Warum?

Häuser bauen und Kieze retten heißt, das künftige soziale und materielle Leben der Bewohner für Jahrzehnte in Stein gießen: Wo fehlen welche Bauten, welche Kabel und Rohre, Läden, Schulen, Kitas, Parkplätze, Radwege, Ärzte, Bäume und Büros? Und wehe, da wird ein Blindgänger entdeckt oder ein Gerüst vom Sturm halbiert, dann ist Pause! Auch wenn Fachleute fehlen. Der jahrelange Sparzwang hat die Infrastruktur der Hauptstadt sehr störanfällig gemacht!

Bei alledem wollen und sollen die Bürger mitreden. Das kann helfen, aber auch blockieren. Auf der Fischerinsel wurde ein geplantes Hochhaus der WBM zu Fall gebracht. Zuvor fielen 68 Bäume per Kettensäge. Nun soll das benachbarte Hochhaus mehr Sonnenlicht behalten, aber die Bäume und Bänke sind weg. Die Schutzzone des alten Stadtkerns wurde endlich erweitert. Am Molkenmarkt, Petriplatz, an der Gertraudenbrücke und dem Marx-Engels-Forum geht das Ringen um die Reste unserer bewegten Geschichte weiter. Wenn am Ende mehr Zufriedenheit wächst, wäre das ein unbezahlbarer Gewinn für die fiebrige Metropole!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 24.10.2017

Ausgabetermin für Nr. 12/2017 - 07.12.2017

Wer hilft bei Wohnungsnot?

Man könnte Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel fast dankbar sein, dass er das Problem der Wohnungslosigkeit in Berlin wieder in die Öffentlichkeit gebracht hat – doch es ist ein zweifelhafter Verdienst, denn seit seinen Äußerungen zum Umgang mit „auffälligen und aggressiven“ ausländischen Obdachlosen im Großen Tiergarten dreht sich die Debatte um die ordnungspolitische Eindämmung kriminellen Handelns, statt um das strukturelle soziale Problem der Wohnungslosigkeit.

Fundiertere Auskünfte zur Lage von Wohnungs- und Obdachlosen in Berlin bekommt man in der zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot in der Levetzowstraße 12A in Tiergarten. In der seit 1979 bestehenden Einrichtung werden pro Jahr etwa 2.700 Menschen beraten. Die Leistungen reichen von der Beratung beim Umgang mit dem Amt über die Vermittlung zu Notunterkünften und Ärzten bis zur Bereitstellung eines Computerraums. Klienten können auch über die Adresse der Beratungsstelle ihre eigene Posterreichbarkeit sicherstellen – eine wichtige Hilfe beim Kontakt mit Verwaltung, Banken und Arbeitsplatz. In der von Berliner Stadtmission und Caritas betriebenen Stelle arbeiten 16 Mitarbeiter, davon vier Ehrenamtliche. Die Beratung erfolgt im Auftrag des Senats, der auch den Großteil der Kosten trägt.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin – statt.

jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich) LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14.00 bis 16.00 Uhr kostenlose Mieterberatung im Karl-Liebknecht-Haus, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178



Lange Schlangen beim weihnachtlichen Obdachlosenfest

Mit den politischen Entwicklungen hat sich auch die „Kundschaft“ der Beratungsstelle verändert: Hatten vor acht Jahren noch etwa 70 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft, sind es aktuell noch 56 Prozent, wobei der Rest größtenteils aus EU-Bürgern besteht. Zudem steigt der Anteil von Berlinern, die nach Verlust der eigenen Wohnung Unterschlupf bei Bekannten suchen, sowie von Leuten, die trotz Erwerbstätigkeit oder eines bestehenden Ausbildungsverhältnisses wohnungslos sind – eine Folge des großen Mangels an bezahlbarem Wohnraum in Berlin. „Das Problem wird nach unten weitergereicht“, sagt die Mitarbeiterin der Beratungsstelle Regina Berchner. Weil es zu wenige freie Wohnungen gibt, bleiben Wohnungslose über Monate in den überfüllten Notunterkünften, die eigentlich nur als kurzfristige Lösung gedacht sind. Auch die Unterbringung in Pensionen und Hostels ist nur in seltenen Fällen möglich. Der wichtigste Hebel zur Verbesserung der Lage von Wohnungs- und Obdachlosen bleibt damit, wenig überraschend, die dringend notwendige Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum.

Markus Wollina

Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 92. Helmut Rädler
- zum 91. Günter Gumpel
- zum 90. Waltraut Starke
- zum 89. Jutta Nesler, Rainer Kerndl
- zum 88. Dina Lask, Rosemarie Walther
- zum 87. Heinz Fuhrmann
- zum 85. Rudolf Müller
- zum 84. Hannelore Gürnth, Klaus Höpcke
- zum 82. Rudolf Jürschik
- zum 81. Dieter Neumann
- zum 80. Irene Kraft, Heinz Schuldt
- zum 75. Hans Coppi